

An dieser Stätte kein Platz für Neonazis

Gedenkfeier am Mahnmal "Feld des Jammers" ein Signal gegen Krieg und Faschismus

Vom 17.11.2008

BRETZENHEIM Zu einer machtvollen Demonstration gegen das Vergessen und gegen jede Form von Rechtsextremismus geriet die vom "Netzwerk am Turm" koordinierte zentrale Gedenkfeier, zu der sich 200 Bürger am Mahnmal "Feld des Jammers" eingefunden hatten.



Mit dem Lied "Ist das alles schon vergessen" erinnerte die Idar-Obersteiner Sängerin Sonja Gotlieb (links) an die Zeit von Faschismus und Krieg. Foto: Jens Fink

Von

Jens Fink

Hier betonten die Vertreter gesellschaftlicher und politischer Organisationen aller Couleur, wie wichtig es sei, entschieden gegen Intoleranz und jede Form von Faschismus einzutreten.

An der Stätte des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers, in dem tausende deutscher Soldaten starben, sei ein Ort, "wo wir reden", und wo für die regelmäßig demonstrierenden Neonazis kein Platz sei, betonte Pfarrer Siegfried Pick, Vorsitzender des "Netzwerkes am Turm".

Gemeinsam müssten alle Demokraten jeder Form von Faschismus entgegentreten, mahnte Ernst Scharbach von der Gewerkschaft der Polizei. Nach wie vor gebe es Unbelehrbare, die nicht wahrhaben wollten, was an diesem Ort geschehen sei. Scharbach forderte, "wachsam zu bleiben gegen alte und neue Nazis". Daher reiche es nicht aus, Resolutionen zu verfassen, sondern vielmehr an solchen Gedenktagen als Demokraten Präsenz zu zeigen. "Ich stehe hier, um alles zu tun, damit sich Krieg und Faschismus nicht wiederholen", betonte denn auch Klothilde Hinz (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes).

Hermann G. Hansen, der selbst als 17-jähriger Soldat im Lager eingesperrt hatte und ein Buch über diese Zeit geschrieben hat, berichtete eindrucksvoll von seinen schrecklichen Erlebnissen.

Dass in dem Gefangenenlager tausende deutsche Soldaten gestorben seien, dafür sei ausschließlich die "Nazi-Barbarei" verantwortlich gewesen, stellte Landtagsabgeordneter Carsten Pörksen (SPD) klar.

Daher sei es schon dreist, wenn Neonazis diesen Ort für ihre politischen Zwecke missbrauchten, meinte Karl-Wilhelm Höffler (Grüne). "Der Tod und das Leiden der Opfer ist für uns heute ein politischer Imperativ, sich für eine freiheitliche, soziale und tolerante Gesellschaft einzusetzen", betonte er. "Wir müssen auf der Basis von Toleranz und Vernunft den Frieden zwischen den Völkern fördern", appellierte Werner Schäfer aus Laubenheim, der als Bürger der Verbandsgemeinde sprach und dessen Vater im Lager gefangen gehalten wurde.